

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 7. April 1993

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

du 7 avril 1993

1./2. Der Bundesrat hat bereits im Februar 1991 eine interdepartementale Arbeitsgruppe für ausserordentliche Lagen im Flüchtlingsbereich eingesetzt. Diese hat den Handlungsspielraum für die Bewältigung grösserer Flüchtlingsströme sowohl im Betreuungsbereich wie auch zur Verstärkung der Grenzkontrolle durch militärische Einheiten aufgezeigt und die vorsorglichen Massnahmen getroffen. Die personellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen zur Bewältigung einer ausserordentlichen Lage sind damit geschaffen. Die rechtlichen Grundlagen sind Gegenstand des Entwurfes des neuen Militärgesetzes.

Im Auftrag der Schweiz hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 Erhebungen in verschiedenen Ländern Osteuropas durchgeführt, um Aufschluss über das Auswanderungspotential zu erhalten. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Bereitschaft zur Auswanderung weit geringer ist als in den vergangenen Jahren bisweilen prognostiziert wurde. Dies bedeutet indessen nicht, dass es in Zukunft nicht zu grösseren Ost-West-Wanderungsbewegungen kommen kann, von denen auch die Schweiz betroffen würde. Vor diesem Hintergrund ist die Schweiz zusammen mit anderen Aufnahmeländern und internationalen Organisationen bestrebt, auf bilateraler und multilateraler Ebene verschiedenste Massnahmen zur besseren Steuerung von Wanderungsbewegungen zu treffen.

Mitte Februar 1993 haben die zuständigen Minister aus 34 europäischen Staaten in Budapest einen Empfehlungsentwurf verabschiedet, der gemeinsame Massnahmen zur Bekämpfung illegaler Wanderungsbewegungen auf den Gebieten der Schlepperbekämpfung, des Informationsaustausches, der Grenzkontrollen, der Rückübernahmeübereinkommen und der Verantwortlichkeit von Transportunternehmen vorsieht. Diese gehen inhaltlich recht weit und sind Ausdruck einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Staaten Ost-, Zentral- und Westeuropas. Zudem werden Projekte im Bereich der Migrationsforschung und der Berufsbildung in den Reformstaaten Osteuropas unterstützt. Unter anderem soll ein Informationszentrum über Migrationsbewegungen aufgebaut werden. Informationsprogramme in Regionen mit einem grossen Migrationspotential sollen eine präventive Wirkung entfalten, indem den Auswanderungswilligen ein realistisches Bild über die beschränkten Aufnahmemöglichkeiten in Westeuropa vermittelt wird.

Im vergangenen Jahr haben aus dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nur gerade 74 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz eingereicht. Erfahrungen mit dem neuen Reisegesetz in Russland bestehen noch nicht, da sich die Umsetzung der Liberalisierung verzögert. Gemäss neuesten Meldungen werden Ausreisevisa noch mindestens bis im Frühjahr 1993 benötigt, wobei eine weitere Verzögerung nicht ausgeschlossen werden kann. Die Gebühren für die Ausstellung eines russischen Passes sind zudem hoch angesetzt. Nachdem überdies die Visumpflicht für Angehörige der GUS-Staaten bereits besteht, ist die Kontrolle der Bundesbehörden über die Anzahl der Einreisen in die Schweiz gewährleistet.

3. Jeder Erklärung des Bundesrates über die Verfolgungssicherheit in einem Staate gehen eingehende Abklärungen über die tatsächlichen Verhältnisse bezüglich der Menschenrechtssituation und der politischen Stabilität voraus. Die Demokratie in den GUS-Staaten steckt in den Anfängen, und es gibt derzeit zahlreiche, meist ethnisch motivierte Konflikte. Die Entwicklung ist zu ungewiss, als dass von stabilen, den Kriterien des Bundesrates entsprechenden Verhältnissen gesprochen werden könnte.

*Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt**Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait*

93.3075

**Interpellation Keller Rudolf****PTT und Register****der Administrativmassnahmen des SVG****PTT. Registre des mesures****administratives prévues par la LCR***Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1993*

Laut Artikel 118 der Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr werden Meldungen über Verwarnungen, verkehrspsychologische Untersuchungen, neue Führerprüfungen und die Teilnahme am Verkehrsunterricht in diversen Registern gespeichert. Die Kantone, das Bundesamt für Transporttruppen, die Zentralstelle Führerausweise, die Direktion Automobildienste und die PTT erhalten solche Meldungen und führen entsprechende Register. Es ist nicht einzusehen, weshalb die PTT über die oben aufgeführten Punkte zu informieren sind.

Fragen an den Bundesrat:

1. Was für Meldungen werden konkret den PTT weitergegeben und zu welchem Zweck?
2. Was haben die PTT mit diesen gemeldeten Personen zu tun?
3. Wird hier völlig unnötig eine Art Fichensystem gegen «sündige» Automobilisten angelegt?
4. Ist der Bundesrat bereit, Artikel 118 Absatz 3 VZV in dem Sinne zu revidieren, dass die PTT solche Meldungen künftig nicht mehr erhalten? Bis wann wäre eine solche Anpassung möglich?

*Texte de l'interpellation du 4 mars 1993*

Selon l'article 118 de l'ordonnance réglant l'admission des personnes et des véhicules à la circulation routière, les communications concernant les avertissements, les examens effectués par un psychologue du trafic, les nouveaux examens de conduite et la participation à un cours d'éducation routière doivent être inscrits dans divers registres. Les cantons, l'Office fédéral des troupes de transport, le Service central des permis de conduire, la Direction des services des automobiles et les PTT reçoivent ces communications et tiennent les registres correspondants. On ne comprend pas pourquoi les PTT reçoivent de telles informations.

Voici les questions que j'adresse au Conseil fédéral:

1. Quelles sont concrètement les communications qui sont transmises aux PTT? A quelles fins le sont-elles?
2. A quel titre les PTT reçoivent-ils ces informations?
3. Etablit-on un système de fiches totalement inutile pour répertorier les automobilistes «en faute»?
4. Le Conseil fédéral est-il disposé à réviser l'article 118 alinéa 3 de l'ordonnance précitée afin que, à l'avenir, les PTT ne reçoivent plus de telles informations? Dans quels délais une telle modification est-elle envisageable?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bischof, Borradori, Maspoli, Ruf, Stalder, Steffen (6)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 5. Mai 1993

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

du 5 mai 1993

Der Bundesrat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. Das Bundesamt für Polizeiwesen führt über folgende ihm nach Artikel 118 Absatz 1 VZV zu meldenden Massnahmen ein Register (automatisiertes Datensystem Admas) und gibt

sie den für die Erteilung und den Entzug der kantonalen, eidgenössischen und militärischen Führerausweise zuständigen Behörden bekannt:

- Verweigerung und Entzug von Lernfahr- und Führerausweisen, Fahrlehrerausweisen, Fahrschulbewilligungen sowie Bewilligungen zur Ausbildung von Lastwagenführerlehrlingen;
- Fahrverbot für Motorfahräder und Fahrräder;
- Aberkennung ausländischer Führerausweise;
- Verwarnung, verkehrspsychologische Untersuchung, neue Führerprüfung und Teilnahme am Verkehrsunterricht;
- Aufhebung oder Aenderung von Massnahmen nach den Buchstaben a bis d.

2. PTT- und SBB-Bedienstete, die dienstlich Bundesfahrzeuge führen, bedürfen des eidgenössischen Führerausweises. Für die Zulassung dieser Fahrzeugführer ist die Direktion Automobildienste der Generaldirektion PTT zuständig. Sie erfüllt die Aufgaben eines Strassenverkehrsamtes für die Belange der genannten Bundesbetriebe.

3. Die Direktion Automobildienste der Generaldirektion PTT ist für Abfragen direkt (On-Line) an das automatisierte Datensystem Admas angeschlossen.

4. Die Direktion Automobildienste der Generaldirektion PTT ist für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf den Anschluss an das automatisierte Datensystem angewiesen.

*Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt*  
*Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait*

92.3304

### **Interpellation Camponovo Die Schweiz auf der «schwarzen Liste» der italienischen Steuerbehörden**

### **Interpellanza Camponovo La Svizzera nella «lista nera» della legge fiscale italiana**

### **Interpellation Camponovo La Suisse sur la «liste noire» du fisc italien**

*Wortlaut der Interpellation vom 24. August 1992*

«Mit Bezug auf die Gesellschaften, die weder Kantons- noch Gemeindesteuern bezahlen müssen wie die Holding-Gesellschaften, die Domizil-Gesellschaften und die Gesellschaften, die lediglich Hilfstätigkeiten ausüben», hat Italien die Schweiz auf die «schwarze» Liste der Länder gesetzt, mit denen die Zusammenarbeit zunehmend schwieriger wird. Dies erstaunt um so mehr, als unser Land einer der besten Handelspartner Italiens ist. Schlimm an diesem Umstand ist laut «Corriere tributario» Nr. 26/1992 nicht so sehr, dass die erwähnten Gesellschaften auf die Liste der Gesellschaften gesetzt werden, die die Aufwendungen nicht mehr vom Gewinn abziehen können, was jedoch gegen das im Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Italien und der Schweiz verankerte Prinzip der Nichtdiskriminierung verstiesse; der Abzug kann allerdings dann wieder vorgenommen werden, wenn die Gesellschaften eine reale wirtschaftliche Tätigkeit oder das reale Interesse des Geschäftsführers für die italienische Gesellschaft nachweisen können. Weit schwerer wiegt nach dem «Corriere tributario» die volle Besteuerung der Dividenden, die besagte schweizerische Gesellschaften italienischen Gesellschaften zahlen.

Ich frage den Bundesrat, ob er die Lage, die mit dieser Anordnung geschaffen wurde, mit den italienischen Behörden unter besonderer Berücksichtigung des Doppelbesteuerungsabkommens zu klären gedenkt.

*Testo dell'interpellanza del 24 agosto 1992*

L'Italia ha inserito la Svizzera «con riferimento alle società non soggette alle imposte cantonali e municipali, quali le società holding, ausiliarie e di domicilio» nella lista cosiddetta «nera» di Paesi con i quali diventerà difficile lavorare. Il fatto ha sorpreso, essendo il nostro Paese uno dei maggiori partner commerciali dell'Italia. La gravità, commenta il «Corriere tributario» no. 26/1992, non riguarda tanto l'inclusione di dette società nell'elenco ai fini dell'indeducibilità dei costi (ipotesi che può essere esclusa fornendo la prova dell'effettiva attività commerciale o dell'effettivo interesse dell'operazione per la società italiana, anche se l'indeducibilità contrasterebbe comunque con il principio della non discriminazione sancito dalla Convenzione di doppia imposizione tra l'Italia e la Svizzera), bensì la piena tassazione dei dividendi distribuiti da dette società svizzere alle società italiane.

Chiedo al Consiglio federale se intende chiarire la disposizione con le autorità italiane, con particolare riguardo alla Convenzione di doppia imposizione.

*Texte de l'interpellation du 24 août 1992*

L'Italie a inscrit la Suisse dans sa «liste noire» des pays avec lesquels il deviendra difficile de collaborer, faisant référence aux sociétés non soumises à l'impôt cantonal et communal, telles les sociétés dites de portefeuille (holding), auxiliaires, et de domicile. Cette décision a surpris, notre pays étant un des principaux partenaires commerciaux de l'Italie.

La gravité de la mesure, commente le «Corriere tributario» (no. 26/1992), ne tient pas tant au fait qu'elle met les sociétés visées dans l'impossibilité de déduire leurs coûts, (cas qui peut être exclu en fournissant la preuve de l'activité commerciale effective ou de l'intérêt de l'opération pour la société italienne, même si la non-déductibilité contredit de toute manière le principe de non-discrimination prévu par la Convention de double imposition entre l'Italie et la Suisse), mais bien au fait qu'elle implique la pleine imposition des dividendes distribués par les sociétés suisses aux sociétés italiennes.

Le Conseil fédéral est prié de dire s'il entend éclaircir cette situation avec les autorités italiennes, en se référant notamment à la convention de double imposition.

*Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires: Keiner – Nessuno – Aucun*

*Schriftliche Begründung – Motivazione scritta – Développement par écrit*

L'autore rinuncia alla motivazione e desidera una risposta scritta.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 5. Mai 1993*

*Risposta scritta del Consiglio federale del 5 maggio 1993*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 5 mai 1993*

La legge italiana numero 413 del 30 dicembre 1991 contiene due misure contro l'evasione fiscale internazionale commessa da società situate nei cosiddetti paradisi fiscali.

1. I pagamenti d'interessi, di canoni, di commissioni, eccetera effettuati da una società italiana a una società estera che beneficia di privilegi fiscali nello Stato in cui ha la sua sede non sono riconosciuti come spese deducibili della società italiana, a meno che tale società italiana possa provare che detti pagamenti avvengono nell'ambito di un'attività commerciale ordinaria (inversione dell'onere della prova). Si veda l'articolo 11 paragrafo 12 della legge numero 413, codificato all'articolo 76 paragrafi 7bis e 7ter, Testo Unico.

2. I dividendi che una società madre italiana percepisce da una società estera che beneficia di privilegi fiscali nel Paese in cui ha la sua sede sono esclusi dal privilegio holding italiano. Di conseguenza la società madre italiana dovrà versare su questi dividendi un'imposta italiana del 36 per cento in luogo dell'imposta del 14,4 per cento (cfr. art. 11 cpv. 14 della legge n. 413, codificato all'art. 96 cpv. 1bis e 1ter, Testo Unico).

## **Interpellation Keller Rudolf PTT und Register der Administrativmassnahmen des SVG**

### **Interpellation Keller Rudolf PTT. Registre des mesures administratives prévues par la LCR**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3075
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1407-1408
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 908

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.